Nr. 59. Donnerstag, den 10. März 1892. 4. Jahrgang

General Anzeiger

für Halle und den Saalkreis.

Telephon-No. 312.

Erscheint täglich Nachmittags und Sonntags früh. Abonnement 50 Pfg. pro Monat, frei in's Haus, durch die Post unter Nr. 2952 Mk. 1.50 pro Quart. excl. Bestellgeld. Insertions-Preis pro 6spalt. Petitzeile 15 Pf.; auswärtige Anzeigen 20 Pf.; Reklamen 50 Pf. Bei Wiederholungen hoher Rabatt.

Anzeigen-Annahmestellen: Haupt-Expedition: Große Märkerstraße Nr. 26. Zweig-Expedition: Rhikhgartenstraße Nr. 4a. und in sämmtlichen Annoncen-Bureaux

Für die gesammte Redaktion verantwortlich: Wilhelm Tolle. Adolf Finkelstein (Inseratentheil). Beide in Halle a. S. Redaktions- Expeditions- und Druckerei: Rhikhgartenstraße Nr. 4a Hof II. Sprechstunden: 4—5 Uhr Nachmittags.

Druck und Verlag von W. Knapp in Halle a. S.

Verbreitungsbezirk: Ammendorf, Radewell, Beesen, Beesenlaublingen, Benndstedt, Benckitz, Bitterfeld, Brachstedt, Brehna, Bruckdorf, Canena, Cönnern, Cöthen i. Anh., Cröllwitz, Delitz a. B., Diemitz, Dieskau, Domnitz, Dölau, Döllnitz, Eisleben, Giebichenstein, Gräfers-Schwoitzsch, Gutenberg, Hohenthurm, Helbra, Holleben, Höhnstedt, Köchstedt, Landsberg, Langenbogen, Lauchstädt, Lettin, Lieskau, Löbejün, Merseburg, Nauendorf, Naumburg, Niemberg, Nietleben, Oberröblingen a. S., Osmünde, Passendorf, Pratitz, Querfurt, Reideburg, Rothehaus, Schafstädt, Schkeuditz, Schlettau, Schraplau, Schreuz, Seeben, Seuschwitz, Steuden, Stumsdorf, Teutschenthal, Trotha, Wansleben, Wettin, Zörbig, Zscherben.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

* Deutsche Antworten auf französische Fragen.

Halle, 8. März.

Der Pariser „Figaro" bringt schon seit längerer Zeit allerhand Vorschläge zur Lösung der, allerdings nur für die Franzosen vorhandenen „elsaß-lothringischen Frage". Neuerdings hat sich das Blatt sogar unmittelbar an eine Reihe hervorragender deutscher Persönlichkeiten, Staatsmänner, Gelehrte, Schriftsteller, die Bitte gerichtet, folgende Fragen zu beantworten:

„1. Kann Deutschland, um den europäischen Frieden zu befestigen, an eine Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich oder an eine Neutralisirung des Reichslandes denken?"

„2. Wären unsere Leser in Deutschland eher der Idee eines Austausches des Reichslandes gegen eine französische Kolonie, z. B. Tonkin oder Madagaskar, geneigt?"

Itzt veröffentlicht das Boulevardblatt den Wortlaut der Antworten des Präsidenten des deutschen Reichstages, Herrn von Levetzow, des Reichstagsabgeordneten Reichensperger, des Dichters Adolf Wilbrandt, des Sozialistenführers Vollmar, des Nationalökonomen Lujo Brentano, des Theaterdirektors Oskar Blumenthal, des Professors Dr. Hermann von Helmholtz, des Reichstagsabgeordneten Bebel, des Kunstkritikers Ludwig Pfau, des ehemaligen badischen Ministers Lamey, des Geschichtsschreibers Ernst Dümmler und deutet den Inhalt der Entgegnungen Büchners in Darmstadt und Hans von Bülows in Hamburg an. Der bekannte Musiker faßte die Sache scherzhaft auf: die R. F. (République française) möchte doch Rußland bitten, daß es die Oiseo-Provinzen an Deutschland abgebe, sie trete selbst Nizza und Savoyen an Italien ab — und dann werde man sehen! Louis Büchner erklärt, Elsaß-Lothringen, welches einst durch Verrath in französischen Besitz übergang, müsse deutsch bleiben. „Frankreich hat aber", fügt er hinzu, „dadurch nicht an Ansehen verloren; im Gegentheil hat die Annexion Elsaß-Lothringens ihm gestattet, die Napoleons abzuschütteln, deren Eroberungsgelüste eine stete Gefahr für Europa waren".

Von den genannten Gelegenheits-Korrespondenten des „Figaro" glaubt keiner an die Abtretung des Reichslandes oder an die Neutralisirung. Nur in der Form, wie sie dies vorbringen, unterscheiden sie sich von einander. Herr von Levetzow verweist den „Figaro" kurz auf den Friedensvertrag vom 10. Mai 1871, in dem es heißt, die aufgezählten Gebiete Elsaß-Lothringens gehen für ewige Zeit in den Besitz des deutschen Reiches über. Doktor Reichensperger schreibt: „Nach meiner Kenntniß der Lage könnte keine Partei des deutschen Reiches und kein Mensch, auch wenn er keiner Partei angehörte, den Gedanken an eine Abtretung Elsaß-Lothringens oder an seine Neutralisirung ertragen . . . . . Ich kann nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß die französische Nation endlich mit dem verhängnißvollen Chauvinismus brechen und sich endlich unter einer gerechten Regierung dem Friedenswerke widmen möge. Dann würde die allgemeine Abrüstung bald folgen und es Europa ermöglichen, seine Gesittung und Bildung auf die entferntesten Welttheile auszudehnen."

Aus Rostock antwortet Adolf Wilbrandt: „Was würden Sie wohl sagen, wenn man von Ihnen eine Abtretung oder einen Verkauf von Französisch-Flandern, von Burgund oder Savoyen verlangte? Nach Ihrem Bescheide können Sie auf den wenigen schließen, was Elsaß-Lothringen betrifft. Und welcher Unterschied besteht noch zwischen Ihrem Fall und dem unsrigen: Elsaß-Lothringen war Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blute. Es war ein Glied unseres Körpers bis zu dem Tage, da es uns in der Stunde unserer Schwäche und Schmach — entrissen wurde. Französisch-Flandern, Burgund, Savoyen mußten zuerst durch das Schwert und die innere Politik an Frankreich geschmiedet werden. Verstehen Sie mich wohl: Elsaß-Lothringen kann nur um einen Preis unserer Vernichtung zurückgegeben werden. Sie wissen doch, was „Ehre" heißt, warum fragen Sie uns da, ob wir es auch wissen?"

Abg. von Vollmar war mit seiner Partei der Annexion abgeneigt und hätte gewünscht, daß die Bevölkerung der beiden Provinzen über ihr eigenes Schicksal hätte entscheiden dürfen. Jetzt glaubt er nicht an die Wirksamkeit einer Abtretung oder Neutralisirung oder gar eines Tauschhandels. Er macht es den Staaten zur Pflicht, die Liebe ihrer Völker zu erobern und ihren Wünschen nachzukommen. Wäre man erst so weit, dann könnte die politisch und sozial zur Freiheit durchgedrungene Bevölkerung des Reichslandes ihrem Ursprunge gemäß beiden Ländern angehören.

Lujo Brentano-München weist auf ein Naturgesetz hin, demgemäß die elsaß-lothringische Bevölkerung stetig von Osten her genährt wird und nach zwei oder drei Generationen dem „Zuge nach Westen" gehorcht. Das Reichsland ist und bleibt germanisch und bliebe es auch dann noch, wenn ein unglücklicher Krieg es wieder Frankreich ausliefere. Die Franzosen sollten dies endlich einsehen und aus Patriotismus lieber die vollendete Thatsache hinnehmen, als aus falscher Romantik ihre Kräfte und hohe Begabung einer chimärischen Zukunft opfern.

Doktor Blumenthal fühlt keine Neigung, sich mit Politik zu beschäftigen; aber wenn er über Dinge nachdenkt, die ihm gewöhnlich fernliegen, so hofft er, es werde dereinst aus großen Staaten und kleinen Provinzen ein einziges Weltreich entstehen, in dem nur Brüder wohnen. Einen Beweis der Besserung erblickt er schon in der Thatsache, daß der „Figaro" über die brennende Frage deutsche Stimmen zu Rathe zieht.

Auch Professor v. Helmholtz freut sich über diese Morgenröthe einer versöhnlicheren Gesinnung und zieht es ebenfalls vor, nicht zu politisiren. Wenn er nach Frankreich kommt, so findet er immer die liebenswürdigste Aufnahme bei seinen Kollegen in der Gelehrtenwelt, vielleicht weil er sich in nationalen Fragen die strengste Zurückhaltung zur Regel gemacht hat, und diese will er auch diesmal gewissenhaft befolgen.

A. Bebel beruft sich auf seinen oft geäußerten Widerwillen gegen die Annexion Elsaß-Lothringens, hält aber die angeregten Vorschläge für Traumgebilde, mit denen er sich nicht weiter befassen mag.

Ludwig Pfau sendet aus Meutone ein ausführlicheres Schreiben. Ganz Deutschland, sagt er, würde sich wie ein Mann erheben, wenn Jemand im Stande wäre, die Abtretung Elsaß-Lothringens vorzuschlagen. Mit gleicher Einmüthigkeit würde ein Tauschhandel abgelehnt, schon weil die Kolonialpolitik in Deutschland nicht populär, sondern ein künstliches Produkt sei. Ebensowenig könnte von einer Neutralisirung die Rede sein. Als die einzig mögliche Lösung der elsaß-lothringischen Frage erschiene ihm, wenn die Kanonen nicht mitzureden haben, eine Theilung des annektirten Gebietes, wobei die Vogesen die Grenze bilden würden und Lothringen an Frankreich zurückfiele. Den Besitz des Elsaß würde Deutschland mit dem letzten Blutstropfen vertheidigen, während man Lothringen, das nur aus militärischen Gründen hinzugenommen wurde, leichter verschmerzen könnte. Der Schreiber, der lange in Frankreich gelebt hat, weiß wohl, daß seine Idee hüben und drüben bei allen chauvinistischen Schreihälsen Anstoß erregen wird, aber er kehrt sich nicht an ihren dummen Stolz und bleibt dabei, mit der Anwendung seines Mittels wäre beiden Theilen geholfen.

Mit Pfau stimmen auch der ehemalige Minister August Lamey in Karlsruhe und der Geschichtschreiber Dümmler in dem Punkte überein, daß eine überseeische Kolonie nicht den geringsten Ersatz für Elsaß-Lothringen bieten könnte, weil der Enthusiasmus für die Kolonialpolitik in Deutschland verschwindend gering ist. Beide verwerfen auch die übrigen Aushunftsmittel und betonen, daß Deutschland durch den Frankfurter Frieden nur zurücknahm, was ihm früher gehörte. Herr Lamey fügt hinzu, wenn Frankreich Sieger geblieben wäre, so hätte es seinen Vortheil viel mehr ausgenützt als Deutschland, und Ernst Dümmler schließt: „Wir werden unter den Waffen stehen, so lange als Sie selbst kampffertig sind: Alles Uebrige nützt nichts."

Praktische Ergebnisse hat natürlich das vom „Figaro" veranstaltete Plebiszit nach keiner Richtung; es ist lediglich ein journalistischer Erfolg des großen Pariser Blattes. — Die Pariser Blätter sind sehr erbost über den „Figaro"; sie sagen, die leiseste Rücksicht auf das französische Vaterlandsgefühl hätte ihn von der Beleidigung der öffentlichen Meinung durch die Veröffentlichung der deutschen Briefe abhalten müssen.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „General-Anzeiger".)

190. Sitzung.

Berlin, 8. März.

12½ Uhr. Am Bundesrathstisch: v. Bötticher, Frhr. v. Marschall. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Abgg. v. Stauffenberg und Siegle betr. den Schutz des Urheberrechts an Werken der Litteratur und Kunst in außerdeutschen Staaten. Die Interpellation lautet: 1) Gedenkt die Reichsregierung die Bedingungen des amerikanischen Gesetzes für die Anwendung desselben auf deutsche Reichsangehörige zu erfüllen und wird sie dem Reichstage eventuell hierüber eine Vorlage machen? 2) Gedenkt die Reichsregierung den Abschluß eines Vertrages mit der österreichisch-ungarischen Regierung anzubahnen, durch welchen den bestehenden Mängeln abgeholfen und insbesondere die Ausdehnung des Urheberschutzes auf die gesammte österreichisch-ungarische Monarchie herbeigeführt wird?

Abg. Siegle (natlib.) befürwortet die Interpellation.

Staatssekretär v. Marschall: Die erste Frage der Interpellation ist durch die inzwischen erfolgte Vorlegung des mit dem Vereinigten Staaten von Nordamerika abgeschlossenen Abkommens bereits erledigt. Die zweite Frage der Interpellation beantworte ich mit ja. Die österreichisch-ungarische Regierung hat sich auf unsere Anfrage zum Abschluß einer neuen Konvention bereit erklärt. Die Verhandlungen sollen demnächst schon beginnen und hoffentlich wird dem Reichstage in nächster Session eine den Wünschen der Interpellanten entsprechende Vorlage gemacht werden können.

Damit ist der Gegenstand erledigt. Das Uebereinkommen mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika über den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Und vergieb uns unsere Schuld!

Roman von Georg Höcker.

80] (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der gekrümmte Rücken des Kammerdieners streckte sich. Dieser nahm eine herausfordernde Haltung an und starrte die vor ihm stehende Gräfin mit einem solchen Ausdruck von grausamer Kälte und doch seltsam glühendem Feuer an, daß die Dame die Augen betroffen zu Boden niedersenkte und wider Willen erröthete.

„Sie werden mir gestatten, gnädige Frau, nach wie vor meiner Pflicht nach bestem Gutdünken nachzukommen", war Alles, was Franz nach kurzem Stillschweigen in dem an ihm gewohnten leidenschaftslosen Tone entgegnete.

Aus den schönen Augen der Gräfin flammte unverhüllter Zorn. „So wollen Sie es wagen, sich direkt meinem Willen zu widersetzen?" stieß sie hervor, „bitten Sie sich . . . ich habe lange genug Ihre Insolenzen stillschweigend ertragen, jetzt ist indessen Ihr Maß bis zum Ueberlaufen voll . . . noch ein einziger Ungehorsam gegen meine Befehle und ich werde Sorge dafür tragen, daß mein Gemahl Sie sofort entläßt."

Ein spöttisches Lächeln verunschönte das ohnehin häßliche Gesicht des Bedienten noch mehr. „Sie würden sich da eine Niederlage bei dem Herrn Grafen bereiten, gnädige Frau", meinte er gelassen.

„Unverschämter!"

„Ich sage nur die Wahrheit", versetzte Franz kaltblütig. „Selbst wenn Frau Gräfin gerufen wollten, Ihren Herrn Gemahl wählen zu lassen zwischen sich und mir; ich bin fest überzeugt, daß auch in solchem Falle der gnädige Herr meine treue Anhänglichkeit nicht entbehren könnte."

Jetzt erblaßte die Gräfin plötzlich. „Ich werde unverzüglich meinen Gemahl von Ihrer Dreistigkeit unterrichten, so bald er auf dem Wege der Genesung fortgeschritten ist", sagte sie hochfahrend.

„Das steht der gnädigen Frau Gräfin frei . . . wenn ich indessen einen Rath zu geben mir verstatten darf, so würde ich es unterlassen."

Als die Gräfin keine Antwort gab, sondern nur hochmüthig mit den Achseln zuckte, trat der Kammerdiener einen Schritt näher auf sie zu und maß sie mit einem derartig durchbohrenden Blicke, daß sie von neuem die Augen wieder zu Boden niedersenken mußte.

„Es wird dem Scharfblick der gnädigen Frau Gräfin unmöglich entgangen sein", versetzte Franz mit unsäglich spöttischer Betonung, während sich kein Muskel in seinem, wie aus Stein gemeißelten Gesicht bewegte, „daß zwischen dem Herrn Grafen und meiner Niedrigkeit ein ganz besonderes Verhältniß besteht, zu welchem man am besten nicht rüttelt. Im eigensten Interesse der gnädigen Frau möchte ich Sie bitten, künftighin keinen Versuch mehr zu machen, meine fest gegründete Stellung untergraben zu wollen. Ein jeder solcher Versuch würde sich unfehlbar an Ihrem eigenen Haupte rächen."

Gräfin Klotilde biß sich auf die Lippen und erblaßte tödtlich. Sie sah den insolenten Bedienten mit erloschenem Blick an, als könne sie nicht begreifen, wie es möglich sei, daß dieser ihr derartiges zu sagen wage.

Franz verneigte sich mit ausgesuchter Höflichkeit. „Ich habe der gnädigen Frau nicht wehe thun wollen", sagte er dann gemessen, „aber ich hielt es in unserer aller Interesse für angezeigt, meine Willensmeinung kund zu geben."

„O, mein Gatte soll noch heute erfahren, was Sie mir zu bieten gewagt haben", flammte Gräfin Klotilde leidenschaftlich auf.

„Wie die gnädige Frau wollen", versetzte der Diener geschmeidig, „ich werde mir aber solchenfalls gestatten, auch meinerseits nicht länger zu schweigen."

Dabei sah er die Gräfin von neuem so durchdringend an, daß die unglückliche Frau sich auf die Lippen biß und, ohne ein Wort zu verlieren, sich umwandte und aus dem Zimmer rauschte.

Der Kammerdiener sah ihr nach, bis sich die Flügelthür hinter ihrer hohen, königlichen Gestalt geschlossen hatte, dann zuckte plötzlich ein Strahl unverhüllter, wilder Leidenschaft aus seinen eisgrauen Augen. „Auch Du wirst Dich unter meinen Willen beugen müssen, Du stolzes Weib", flüsterte er in unhörbarem Tone vor sich hin, während er sich mächtig in die Höhe reckte. „Du glaubst mich treten zu dürfen wie einen Wurm, aber nimm Dich in Acht, der Tag ist nicht mehr fern, wo ich Dein Herr sein werde . . Noch ein Hinderniß besteht, der alte Schwachkopf drüben —."

Damit nickte der Kammerdiener mit dem Kopfe achtlos nach der Richtung, in welcher das Krankenzimmer des Majoratsherrn lag — „aber auch dieses Hinderniß wird bald beseitigt sein, und dann . . . und dann . . ."

Er endete nicht, aber ein unsäglich widerwärtiges, faunisches Lächeln umspielte für einen Augenblick seine dünnen blutlosen Lippen.

Von dem Tage an aber widmete sich Gräfin Klotilde der Pflege ihres Gatten immer weniger. Es war plötzlich, als ob die Scheidemauer zwischen den Herzen der Gatten wieder stärker und rücksichtsloser als je sich aufgethürmt habe.

Graf Wolf litt tief und schwer unter der Wahrnehmung, daß seine Gattin sich von neuem scheu vor ihm zurückzog, aber er wagte keine Frage an sie zu richten, nur mit verdoppelter Schärfe wühlte und bohrte das böse Gewissen in seiner Brust.

XV.

Eines Abends nahm Aennchen besonders zärtlichen Abschied von den Eltern. Ganz gegen ihre Gewohnheit warf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847518-18920310011/fragment/page=0001

Hierauf wird die Etatsberathung fortgesetzt. Zum Etat des allgemeinen Pensionsfonds liegt folgende Resolution der Abgg. Graf Douglas, Frhr. v. Manteuffel und Menzer (kons.) vor: Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen um Vorlegung einer Novelle zum Militärpensionsgesetz zu ersuchen, wonach das Recht auf den Bezug der eigentlichen Pension erst ruhen soll, wenn die nachstehenden Klassen im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst, unter Zurechnung der Militärpensionen, ausschließlich der Pensionserhöhungen, mehr als folgendes gesammte Diensteinkommen beziehen: a) Offiziere und im Offizierrang stehende Militärärzte 6000 Mk., b) Feldwebel 1500 Mk., c) Sergeanten und Unteroffiziere 1200 Mk., d) Gemeine 700 Mk., Unteroffiziere von 12jähriger aktiver Dienstzeit 1800 Mk.

Abg. Menzer (kons.) Unsere Resolution entspricht zwar noch nicht allen berechtigten Wünschen der betreffenden Pensionsberechtigten, aber sie sorgt doch für die Abstellung der dringendsten Uebelstände. Diese Abstellung liegt ebenso im Interesse unserer Militärverwaltung, wie der zunächst Betheiligten. Heute wird vielfach mit der Verabschiedung von Offizieren gezögert, wenn dieselben auch nicht mehr ganz dienstfähig sind, um sie nicht finanziellen Schwierigkeiten auszusetzen. Nach Berücksichtigung unserer Resolution wird das anders werden. Die in das Civilverhältniß zurücktretenen Offiziere müssen auch oft zu Dienstleistungen greifen, die mit der Würde des Offizierkorps doch nicht recht vereinbar sind. Die ausgetretenen Unteroffiziere gelangen wiederum in Folge der unzureichenden Versorgung häufig genug auf eine schiefe Ebene. Ich hoffe, die Regierungen werden unserem Antrage sympathisch gegenüber stehen, doch möchte die erstrebte Neuregelung bald erfolgen, denn Taufende rechnen hierauf.

Abg. Frhr. v. Gültlingen (freikons.) hat gegen den Antrag das Bedenken, daß die Arbeitslust und Tüchtigkeit der in den Civildienst übergetretenen Militärs durch die geforderten Maßnahmen beeinträchtigt werden möchten. Zweckmäßig würde es sein, den pensionirten Soldaten grundsätzlich eine gewisse Quote der Pension bei der Wiederanstellung zu überlassen.

Generallieutenant v. Spitz erklärt zu dem Antrage, daß eine Novelle zum Pensionsgesetz bereits in Ausarbeitung begriffen sei, die dem Reichstag in der nächsten Session, zum Herbst voraussichtlich, werde vorgelegt werden. (Beifall.)

Abg. Pieschel (natlib.) spricht seine Genugthuung über diese Ankündigung aus. Die gänzliche Entziehung der Pension vor Allem oder ihre erhebliche Verminderung sei eine Härte, die sich nicht rechtfertigen lasse.

Abg. Richter (freis.): Der von mir im vorigen Jahre eingebrachte Antrag auf Erhöhung der Pensionen der Kriegsinvaliden wäre leicht durchführbar gewesen; anders aber ist es mit dem vorliegenden Antrag, der auch ziffermäßig die Reichsregierung zu sehr bindet. Die vorgeschlagenen Pensions-Erhöhungen gehen auch zu weit, mindestens mehr, als die Militärmänner (bes. Civilanwärtern gegenüber so wie so schon bevorzugt sind! Woher soll denn das Geld zur Durchführung des Antrages genommen werden? Wäre gestern nicht so viel für die Kolonien bewilligt worden, so ließe sich vielleicht darüber sprechen; so ist es unmöglich. Die Tabakszollerhöhung, welche von einigen Mitgliedern der konservativen Partei noch beantragt ist, wird kein Plus, sondern ein Minus für die Reichskasse ergeben.

Staatssekretär v. Maltzahn bestätigt, daß eine Vorlage betr. die Abänderung des Militärpensionsgesetzes in Vorbereitung ist. Die hierbei hervorgetretenen Schwierigkeiten sind keineswegs durchaus finanzieller Natur, sondern liegen auch auf dem Gebiete der Civilverwaltung.

Abg. Graf Douglas (freikons.) befürwortet die Resolution, deren Ausführung auch dazu beitragen werde, den Unteroffizierstand zu heben und die Unteroffiziere zu einem Elitekorps zu machen. Dadurch würden auch die Soldatenmißhandlungen sich vermindern.

Generallieutenant v. Spitz: Der vorjährige Antrag des Abg. Richter hat bei der Militärverwaltung vollen Beifall gefunden. Die Regelung ist aber nicht so einfach, wie Herr Richter es meint.

Abg. Orterer (Ctr.) erklärt, daß seine politischen Freunde der Resolution sympathisch gegenüberstehen; nach der von der Regierung abgegebenen Erklärung empfehle es sich aber, die angekündigte Vorlage abzuwarten. Die Pensionen der Kriegsinvaliden müssen aber so bald als möglich erhöht werden. Für die Abtragung solcher Ehrenschuld muß immer Geld da sein.

Abg. Frhr. v. Manteuffel (kons.) zieht unter Bezug auf die Erklärung der Regierung seinen Antrag zurück.

Abg. v. Vollmar (Soz.) hält die Interessen der Offiziere für genügend gewahrt und wünscht größere Berücksichtigung der Unteroffiziere und Mannschaften.

Der Etat des allgemeinen Pensionsfonds wird angenommen. Beim Etat des Reichs-Invalidenfonds betont

Abg. Singer (Soz.) nochmals die Nothwendigkeit einer Zulage an die Kriegsinvaliden. Es sei das eine überaus wichtige Sache.

Generallieutenant v. Spitz erklärt, daß der bezügliche vorjährige Antrag Richter in eine Vorlage aufgenommen worden sei, welche den verbündeten Regierungen werde unterbreitet werden.

Abg. Singer führt aus, die Besserstellung der Kriegsinvaliden darf nicht als Vorspann für die anderweite Regelung der Pensionsverhältnisse benutzt werden, sondern muß auch ohne dieselbe erfolgen.

Der Etat des Reichs-Invalidenfonds wird hierauf angenommen. Beim Etat des Bankwesens weist

Abg. v. Strombeck (Ctr.) darauf hin, daß sich die Umsätze der Reichsbank seit deren Bestehen verdreifacht haben. Eine Verdreifachung der Beamten ist aber nicht eingetreten, und scheint auch nicht nöthig zu sein, es ist aber doch fraglich, ob überall das Beamtenverfonal genügt.

Der Etat des Bankwesens wird alsdann angenommen. Beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern (Referent: Abg. Hartmann (kons.) liegt folgender Antrag des Abg. Menzer (kons.) und Genossen vor: Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, möglichst noch in dieser Session eine Vorlage zu unterbreiten, wonach der Zollsatz für Tabaksblätter, unbearbeitet, und Stengel von 85 Mark pro 100 Kilogramm auf 125 Mark zu erhöhen ist.

Abg. Dr. Brömel (freis.) beschwert sich über Praktiken der Zollverwaltung, das langsame Beschwerdeverfahren bei derselben, sowie darüber, daß der Bundesrath die Abweisung von Beschwerden in keiner Weise begründe. Der Geschäftsmann könne nicht einmal eine sichere Auskunft darüber bekommen, ob der eine oder andere Artikel zollpflichtig sei oder nicht. Es bestanden in dieser Richtung kaum glaubliche Zustände und für alle Klagen habe der Bundesrath kein Ohr.

Staatssekretär Frhr. von Maltzahn weist die Angriffe des Vorredners auf den Bundesrath entschieden zurück. Eine Beschwerde in Zollsachen kann den Bundesrath nicht früher beschäftigen, als bis alle Instanzen erschöpft sind und hierzu gehört selbstredend Zeit. Der Bundesrath entscheide dann genau nach den maßgebenden Bestimmungen: über die Gründe wird nicht abgestimmt, diese können also auch nicht angegeben werden. Was die Anfragen wegen Verzollung betrifft, so können natürlich die unteren Instanzen über wichtige Streitfragen nicht entscheiden. Wer an den Bundesrath schreibt, wird von demselben auch Antwort erhalten.

Abg. Goldschmidt (freis.) meint, die Beamten der Reichsverwaltung hätten in Zollsachen kein Verständniß für die wahren Verkehrsinteressen. In solchen Dingen gebe es in Deutschland keine Gerechtigkeit.

Staatssekretär Frhr. von Marschall erwidert, es scheine im Gegentheil dieselbe, als ob man in gewissen Kreisen kein Verständniß für die Schwierigkeit der Aufgaben der Zollverwaltung habe.

Abg. Frhr. von Stumm: Die Klagen des Abg. Brömel enthalten einen berechtigten Kern. Ich glaube auch, seine Wünsche würden Entgegenkommen gefunden haben, wenn er sich weniger gehässig ausgedrückt hätte.

Nachdem noch Abg. Menzer (kons.) für seinen Antrag gesprochen, wird die Verhandlung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Preußischer Landtag.

(Originalbericht des „General-Anzeiger“.)

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung.

Berlin, 8. März.

11½ Uhr. Die zweite Berathung des Kultusetats wird beim Kapitel „Provinzialschulkollegium“ fortgesetzt. Die einzelnen Titel dieses Kapitels werden bewilligt, mit Ausnahme des Titel 1, über welchen später debattirt werden soll. Bei dem Kapitel „Universitäten“ wünscht

Abg. Friedberg (natl.) Neuregelung der Professorengehälter.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (kons.) fragt, ob es wahr sei, daß Bonner Studenten erklärt, sie würden vor und nach einem bestimmten Termin keine Vorlesungen besuchen.

Kultusminister Graf Zedlitz erwidert, daß ihm von dieser Sache nichts bekannt sei.

Abg. v. Eynern (natlib.) beklagt sich, daß die Universität Berlin viel erheblichere Staatszuschüsse genieße, als andere Universitäten. Die Stadt Berlin könne hier auch etwas thun.

Abg. Langerhans (freis.) vertheidigt die Stadtverwaltung von Berlin, die indirekt sehr bedeutende Mittel für die Wissenschaft zur Verfügung gestellt habe.

Geh. Rath Althoff bemerkt auf eine gelegentliche Notiz des Vorredners, daß die Frage der Alterszulagen an Professoren Gegenstand von Erwägungen der Regierung ist.

Abg. Dr. Meyer (freis.) hofft, daß die Staatsverwaltung ihre Wünsche an die Stadt Berlin nicht durch den Mund des Abg. v. Eynern habe aussprechen lassen.

Abg. Dr. Kropatschek (kons.) ist der Ansicht, daß Berlin recht wohl mehr leisten könne, besonders für medicinische Staatsinstitute, von welchen sie doch nachweislich recht großen Nutzen habe.

Kultusminister Graf Zedlitz theilt mit, daß die Regierung die Erweiterung verschiedener großer medizinischer Institute in Berlin erwäge.

Abg. Mooren (Ctr.) hält die vom Abg. v. Eynern angeregte Frage für äußerst wichtig. Während an kleinere Städte die größten Anforderungen gestellt werden, wenn dort gewisse Staatsinstitute errichtet werden sollen, erhalte man in Berlin diese Anstalten allein aus Staatsmitteln. Das sei ungerecht.

Abg. Dr. Hermes (freis.): Für wissenschaftliche Zwecke hat Berlin stets Geld, ist auch nicht abgeneigt, Zuschüsse zu leisten, wenn die Regierung sie verlangt. Berlin verlangt nur gerechte Beurtheilung, aber diese wird der Stadt selten genug zu Theil. Das haben wir erst beim Polizeikostengesetz gesehen.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Berlin könne sich über ungerechte Beurtheilung durchaus nicht beklagen. Die Finanzverhältnisse der Stadt seien ja recht gute, und die Stadt müsse also zu solchen Ausgaben herangezogen werden, die sie recht wohl tragen könne.

Die Positionen für die Universitäten Königsberg und Berlin werden bewilligt, sodann das Kapitel „Universitäten“, darunter der Titel 100 000 Mk. zu Stipendien für Studirende deutscher Herkunft zum Zweck späterer Verwendung in Westpreußen und Posen. Gegen diese Forderung erhob

Abg. v. Czarlinski (Pole) Namens seiner Fraktion Widerspruch mit der Begründung, daß dieser Titel speziell polenfeindlich sei und das gelehrte Proletariat vermehre. — Bei dem Kapitel „höhere Lehranstalten“ erörtert

Abg. Dr. Graf-Elberfeld (natlib.) die Reform des höheren Schulwesens, der er im Ganzen sympathisch gegenüberstehe, ohne einige Mängel zu verkennen, welche sich aus der Reform ergeben haben. Lebhafte Opposition habe das sog. Zwischenexamen hervorgerufen, namentlich bei den Pädagogen. Er wage nicht, dies Examen vom pädagogischen Standpunkt aus zu vertheidigen; aber zu verkennen sei doch nicht, daß durch dieses Zwischenexamen das Abiturientenexamen wesentlich erleichtert wird und daß doch auch das Zwischenexamen wesentlich nur den Charakter einer etwas ausgedehnten Versetzungsprüfung trägt. Erfreulich sei es, daß die Reform in immer weiteren Kreisen Anklang finde und jedenfalls liegen die Verhältnisse so, daß nun nun einmal eine ehrliche Probe mit der neuen Einrichtung machen kann. Am wenigsten erfreut seien von der Reform die Anhänger der Einheitsschule, die in der Reform eine schwere Erschütterung ihres Prinzips erblicken. Jedenfalls stehe fest, daß die Einheitsschule an dem großen Schaden der Arbeitsüberbürdung leide.

Abg. v. Schenkendorff (natlib.) tritt dem Vorredner in Bezug auf die Einheitsschule entgegen.

Kultusminister Graf Zedlitz glaubt eine einheitliche Regelung des Zwischenexamens für alle Lehranstalten nicht in Aussicht stellen zu können, da sonst die Grundlage für die Unterscheidung der Realschule, des Realgymnasiums und des humanistischen Gymnasiums fortfiele. Man soll übrigens nicht verkennen, daß die Schulfrage viel weniger eine technische, als vielmehr eine soziale Frage ist. Es wird doch immer zu erwägen werth sein, zu prüfen, ob nicht ein Student auch auf andere Weise, als auf dem humanistischen Gymnasium vorgebildet sein kann, um Vorlesungen mit Erfolg zu hören. Der Minister sucht dann die Nothwendigkeit des sog. Zwischenexamens darzulegen, das mit der Sekundaprüfung am besten verbunden werde, weil es dann die Gefahr einer abgeschlossenen Bildung biete. Die Absicht, eine Aufhebung der Realgymnasien herbeizuführen, liege ihm vollständig fern; wäre dies seine Absicht, so würde er sie offen aussprechen.

Abg. Dr. Kropatschek (kons.) hat zwar als Mitglied der Schulkommission für das Zwischenexamen gestimmt, es aber nicht aus vollem Herzen gethan; vielmehr müsse er anerkennen, daß es pädagogische Bedenken gegen dieses Examen gebe. Redner legt dann die Gründe dar, nach denen ihm die Vorbildung auf dem humanistischen Gymnasium allein geeignet erscheint, den Schüler für das Universitätsstudium gut vorzubereiten. Jedenfalls sei es nöthig, den Schulen jetzt eine Pause zu gönnen, damit sie zeigen, was sie nach der Reform leisten. Jede weitere Beunruhigung würde schädlich wirken.

Auf eine Anfrage des Abg. Schmelzer (natlib.) antwortet Geh. Rath Stauder, daß die Anwesenheit eines Schulraths bei der Sekundaprüfung in Erwägung genommen werden solle.

Nachdem noch die Abgg. Dr. Köhler-Trier (Ctr.), Grimm-Frankfurt (natlib.) sich über die Schulreform geäußert, wird der Titel 1 bewilligt. Hiermit vertagt das Haus die weitere Berathung auf Mittwoch 11 Uhr.

sie sich plötzlich um den Hals der Mutter und weinte Thränen an deren treuer Brust. Dann wendete sie sich zum Vater und küßte in stürmischer Bewegung auch diesen auf den rauhen, stachlichen Bart, den er sich den Sommer über hatte stehen lassen.

Tobias Sturm, der Müller, wußte gar nicht, was dies bedeuten sollte. Er war es zwar jetzt schon gewöhnt geworden von seinem Kinde, daß dieses recht absonderlich und verändert that, aber diese ausgesuchte Herzlichkeit, mit welcher sie sich auf eine kurze Nacht von ihnen verabschiedete, beunruhigte ihn ordentlich. Ehe er aber noch etwas sagen konnte, war das liebliche junge Mädchen schon aus dem Zimmer hinaus und in ihr Kämmerlein geschlüpft.

„Was hat nur das närrische Ding?“ brummte der Müller ein über das andere Mal.

Die Augen seiner wackeren Lebensgefährtin waren feucht geworden. „Sind halt Mädcheylaunen“, meinte sie stellen zu weichend, um nicht gestehen zu müssen, daß sie selbst in der letzten Zeit an ihrem blondlockigen Kinde irre geworden sei. „Wird sich schon geben, denk' ich, weißt ja, sie hat heut' früh einen Brief vom Martin bekommen ... nächste Woche ziehen sie in der Hauptstadt wieder ein und in vielleicht vierzehn Tagen denkt er wieder hier im Dorfe sein zu können.“

„Ja, freilich wohl“, sagte der alte Müller, „rechtschaffen freut's mich, daß sie den Burschen endlich loslassen wollen, mag kein besonders Gaudi gewesen sein, bei den tückischen Welschen noch nach dem Frieden auszuhalten ... mir ist's aber, als ob ihr's gar nit so wäre um den Martin; erst heut' früh, als sie aus dem Walde zurückgekehrt ist, war sie so ganz verändert und that auch sonderbarer als sonst. Hm, hm“, machte er, während er vom Schemel aufstand und mit dröhnenden Schritten in der niedern Stube, die von einer Oellampe nur schwach beleuchtet war, auf und nieder ging, „ich hab' ihn sonst so gern gehabt, den herrlichen Tannenforst, und hab' gemeint, man könnt' mit Schlimmes in ihm lernen, und nun gereut's mich fast, daß ich unser Madel hab' so viel drin 'rum laufen lassen.“

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 8. März. (Hofnachrichten.) Heute Morgen hatte der Kaiser eine Spazierfahrt und eine Promenade im Thiergarten unternommen. Auf dem Rückwege zur Stadt begab sich der Monarch nach dem Auswärtigen Amt, um daselbst den Vortrag des Staatssekretärs Freiherrn Marschall von Bieberstein zu hören und hierauf in der Wohnung des Reichskanzlers dessen erbeteuen Immediatvortrag entgegenzunehmen. Nach dem königlichen Schlosse zurückgekehrt, empfing der Kaiser den Minister des königlichen Hauses zu einem kurzen Vortrage und arbeitete darauf mit dem Chef des Militärkabinets.

— (Fürst Bismarck) läßt bezüglich der buchhändlerischen Ankündigung der Herausgabe von 100 unverbrannten facsimilirten Welfenfonds-Quittungen erklären, was ihn angehe, so könnten alle, auch die geheimsten Akten des Welfenfonds, publici juris werden; der Eindruck würde für manche Leute, die jetzt zu den Angreifern des Fürsten gehören, gewiß sehr unbequem sein, für ihn selbst aber in keiner Weise.

— (Der Friede ist gesichert!) Der offiziöse Wiener „Polit. Korresp.“ wird nämlich aus Berlin wie folgt berichtet: „Die französische Ministerkrise verfolgte man hier mit großer, an Theilnahmlosigkeit grenzenden Ruhe. Man hatte sich von vornherein gesagt, daß es sich um eine ausschließlich innere Frage in Frankreich handle, und daß die für die auswärtige Politik Deutschland gegenüber herrschenden bekannten Stimmungen uns dieselben bleiben, gleichviel, in wessen Händen sich das Portefeuille des Aeußern befindet und wie im Uebrigen die Form des Wechsels sein mag; hier werden die besten Erfahrungen nicht beruhigend, die schlechtesten nicht beunruhigend zu wirken im Stande sein. Im übrigens die Dinge augenblicklich in Europa stehen, vornehmlich bei den uns gegenüber am meisten in Betracht kommenden Staaten, so darf man sich sagen, daß kein Moment weniger als der jetzige für jene Staaten dazu angethan ist, etwas nach Außen zu unternehmen.

— (Die Majestätsbeleidigungs-Prozesse), die in letzter Zeit gegen verschiedene deutsche Zeitungen eingeleitet worden sind, werden im Reichstage andauernd besprochen. Man bedauert mehrfach, daß Kritiken, welche doch gewiß nicht den Zweck verfolgten, den Monarchen zu beleidigen, von der Staatsanwaltschaft nun als Beleidigung aufgefaßt sind. Beschimpfende Worte befinden sich in keinem Artikel, und man steht deshalb mit lebhafter Spannung der Entscheidung der Gerichtshöfe entgegen. Anweisung zur Erhebung solcher Anklagen ist an die Staatsanwälte von Berlin nicht ergangen, es liegt also keine allgemeine politische Maßregel vor.

— (Die Verhandlungen mit dem Herzog von Cumberland) haben, wie bereits erwähnt, noch in letzter Stunde den erwünschten Abschluß gefunden. Auch die eventuelle Nachfolge des Sohnes des Herzogs in Braunschweig soll nach der „Kreuzzeitung“ mit einbezogen sein. Man bringe die jüngste Anwesenheit des Großherzogs von Oldenburg mit dem günstigen Erfolge in Verbindung. Die „Kreuzzeitung“ fügt hinzu, sie gebe die Nachricht, obgleich dieselbe aus intimer Quelle stamme, mit allem Vorbehalt.

— (Die Fraktionen des Abgeordnetenhauses) berathen heute Vormittag die Dombaufrage abermals auf Grund neuen Materials. Das Centrum erklärte sich bereit, die Bausumme von 10 Millionen Mark für den Fall zu bewilligen, daß damit die Leistung des Landtags erschöpft sei. Auf etwaige Nachforderungen wolle es nicht eingehen. Die Konservativen machen noch gewisse Vorbehalte bezüglich der Ausführung des Plans. Die Nationalliberalen kamen noch zu keinem festen Entschluß, die Freikonservativen eben so wenig.

— (Die Volksschulgesetz-Kommission) hat gestern die Berathung des dritten Abschnitts (Verwaltung der Volksschul-Angelegenheiten, Schulbehörden) fortgesetzt. Man diskutirte lediglich Kompromißanträge der Freisinnigen, Nationalliberalen und Freikonservativen auf Trennung der Organisation der Stadt- und Landschulen, Einsetzung von Fachmännern als Kreisschulinspektoren u. s. w. Der Kultusminister erklärte sich wiederholt bereit, die Vorschläge, welche in schärferer Weise die Mitwirkung der städtischen Schulbehörden an der Verwaltung der Volksschule gestatten, zu acceptiren, wofern die konfessionellen Grundsätze unangetastet blieben. Er suchte im Uebrigen die Vorzüge des Entwurfs darzuthun. Der Kommissar des Finanzministeriums bemerkte bei dieser Gelegenheit, er habe den Kompromißantrag bezüglich der Kreisschulinspektoren nicht für annehmbar erklärt, sondern gebeten, im Interesse der Staatsfinanzen es bei den bestehenden Einrichtungen zu belassen. Schließlich wurde der Antrag der Nationalliberalen und Freisinnigen auf Verweisung der Kompromißanträge an eine Subkommission abgelehnt.

— (Bei den Vorberathungen zu dem spanischen Handelsvertrag) gehen die Dinge in gleicher Weise schrittweise vorwärts, wie dies bei den abgeschlossenen Handelsverträgen der Fall war. Man übersieht bereits jetzt, daß ein Abschluß des Vertrages nicht eben leicht zu haben sein wird. Man wird sich von beiden Seiten und namentlich auf spanischer Seite dazu verstehen müssen, Zugeständnisse zu machen; indessen giebt man in Berlin der Hoffnung Raum, daß schließlich das praktische Bedürfniß den Ausschlag geben und die Vereinbarung zum Vortheil aller Interessenten zu Stande kommen wird.

— (Was die Erträge der neuen Einkommensteuer-Veranlagung) betrifft, so dürfte eine annähernd genaue Schätzung des zu erwartenden Ergebnisses keinenfalls vor Ende März möglich sein. Wenn auch in einzelnen Städten ein erheblicher Mehrertrag einfließen wird, so ist doch noch gar nicht abzusehen, wie dadurch die sicher an anderen Stellen zu erwartenden Mindererträge kompensirt werden. Nur das läßt sich jetzt schon feststellen, daß die Bestimmungen über die Degression von Einkommen unter 9500 M. weiter abwärts zusammen mit den Vorschriften über sonstige Erleichterungen der Steuerpflichtigen in sehr erheblichem Maße günstig für die mittleren Klassen einwirken werden, insbesondere werden fast allen Beamten, die lediglich auf ihr Gehalt angewiesen sind, fühlbare Erleichterungen zu Theil werden. Für den kleinen Handwerkerstand wird die Erleichterung in der Steuerbelastung noch erheblich größer werden, so bald das neue Gewerbesteuer-Gesetz ins Leben tritt, was vom 1. April 1893 der Fall sein wird.

— (Einen Beweis für die schlechte Geschäftslage) liefert auch die von der Postverwaltung aufgestellte Statistik über den letzten Weihnachts-Päckereiverkehr. Die Statistik erstreckt sich über 43 Städte mit mehr als 50000 Einwohnern. Während sonst in jedem Jahr dieser Päckereiverkehr überall einen erfreulichen Aufschwung nahm, haben im letzten Jahre nicht weniger als 14 Städte, nämlich Köln a. Rh., Königsberg i. Pr., Elberfeld, Danzig, Stettin, Barmen, Crefeld, Aachen, Cassel, Erfurt, Wiesbaden, Görlitz, Lübeck und Frankfurt a. O. eine mehr oder weniger ins Gewicht fallende Abnahme der aufgegebenen und eingegangenen Packete gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Diese Abnahme hat mehr als 1 Prozent betragen, in Köln 1,6, Danzig 4,1, Stettin 1,7, Crefeld 2,4, Görlitz 1,2 und Lübeck 2,2.

— (Ueber die Frage des Kontraktbruches) der ländl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847518-18920310011/fragment/page=0002

schen Arbeiter hat, wie jetzt bestätigt wird, zwischen den Bundesregierungen ein Meinungsaustausch stattgefunden, dessen Ergebniß jedoch noch nicht zu übersehen ist. Thatsache ist, daß ein Bedürfniß zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung von mehreren Bundesstaaten unter der Führung Baierns angezweifelt wird.

— (Der deutsche Landwirthschaftsrath) ist in Berlin zusammengetreten, um Vorschläge wegen Abänderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes zu machen. Der Vorsitzende theilte im Auftrage des Reichskanzlers Grafen Caprivi mit, daß derselbe besonderen Antheil an dem Wohlergehen der deutschen Landwirthschaft nehme; der Reichskanzler habe ihn zu der Erklärung ermächtigt, daß eine Herabsetzung der Getreidezölle unter das durch die deutsch-österreichischen Handelsverträge festgesetzte Maß nicht in der Absicht liege und daß er sich einem Versuche einer solchen Herabsetzung kräftig widersetzen würde.

— (Die Veranstaltung einer Weltausstellung in Berlin) ist bekanntlich geplant, und zwar wird das Projekt jetzt mit etwas ernsthafteren Augen betrachtet, als seither. Die Verwirklichung des Unternehmens liegt aber doch noch in recht weitem Felde. Wenn auch eine erhebliche Unterstützung durch das Reich nicht ausgeschlossen ist, so wird doch voraussichtlich, daß zunächst die Interessenten selbst einen beträchtlichen Fonds aufbringen. Danach erst wird Weiteres bestimmt werden.

— (Eine größere Anzahl Ordensverleihungen an preußische Beamte) verzeichnet der Württembergische „Staatsanzeiger". Der Minister des königlichen Hauses v. Wedell erhielt das Großkreuz des Kronenordens, der preußische Gesandte in Stuttgart Frhr. v. Saurma-Jeltsch das Großkreuz des Friedrichsordens, Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan und Kammerherr v. Usedom das Komthurkreuz des Kronenordens mit Stern, Polizeipräsident Frhr. v. Richthofen und Geh. Legationsrath v. Kiderlen-Wächter das Komthurkreuz desselben Ordens.

* **Leipzig**, 8. März. Heute Morgen fanden wieder Ansammlungen Arbeitsloser in Anger-Crottendorf und Leipzig statt. Auf dem Markte, der für einige Zeit abgesperrt wurde, kam es zu Konflikten mit der Polizei. Laute Rufe nach Arbeit und Brod erschollen. Eine Deputation der Arbeitslosen begab sich zum Oberbürgermeister, der baldige Abhilfe in Aussicht stellte. Die Polizei zerstreute schließlich die Menge.

* **Oppeln**, 8. März. Zur Verhütung der Einschleppung von Krankheiten aus den verseuchten russischen Distrikten hat die Regierung die Zurückweisung der Auswanderer aus Rußland an der Grenze angeordnet. — Die russische Regierung beabsichtigt, den Schweineexport aus Polen nach Deutschland zu verbieten, um Schweine in die russischen Nothstandsdistrikte zu versenden.

* **Posen**, 8. März. Das evangelische Konsistorium empfahl den evangelischen Geistlichen der Provinz den Comenius-Gedenktag nach Möglichkeit zu feiern. Die evangelische Gemeinde zu Lissa veranstaltet eine größere Festlichkeit.

* **Darmstadt**, 8. März. Um 6 Uhr wurde der folgende ärztliche Bericht ausgegeben: Das Befinden des Großherzogs hat sich im Laufe des Tages nicht verschlimmert. Trotz des hochgradig erschwerten Schluckens ist es gelungen, ihm etwas flüssige Nahrung einzuflößen.

* **Straßburg**, 8. März. Der Landesausschuß hat in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Reform der Grund- und Gebäudesteuer mit großer Mehrheit angenommen.

* **Nürnberg**, 8. März. Ein hiesiger Lieutenant ist wegen Schimpfreden gegen die als Reservisten einberufenen Lehrer pensionirt worden.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 8. März. Die „Neue Freie Presse" und andere Blätter bedauern das Ergebniß der Londoner Grafschaftswahlen und bezeichnen es als den Vorboten zum Sturze des Premierministers Lord Salisbury.

* **Pest**, 8. März. Der Abgeordnete Eotvös begründete den Adreßentwurf der Unabhängigen und wies auf die fortwährenden Rüstungen hin, die zum Ruin des Wohlstandes der Völker führten, er wünschte, daß der König von Ungarn, gestützt auf die mächtigen treuen Alliirten die Initiative zur friedlichen Beseitigung dieses Zustandes ergreifen möge. Die treue Unabhängigkeit der Völker, wie die Verehrung der übrigen Monarchen machten dem König von Ungarn zu der berufensten Persönlichkeit für diese Mission.

* **Prag**, 8. März. Nach der gestern veröffentlichten Erklärung des Feudaladels ist das Schicksal des Ausgleichs nunmehr zweifellos. Die ausgleichsfeindliche Gruppe unter dem Fürsten Schwarzenberg siegte über die Regierung. Das einzige Zugeständniß an diese bildet die Bestellung einer eigenen Kommission für die Ausgleichsvorlagen, wo diese begraben werden sollen.

Italien.

* **Rom**, 8. März. Wie verlautet, nahm Graf Taverna den Berliner Botschafterposten an. Die Ernennung hängt von der Genehmigung der Wahl durch den Kaiser Wilhelm ab, die hier nicht bezweifelt wird.

— In der Kammer begann heute die Debatte über die drei Finanzgesetze, den berichtigten Etat, die siebenjährigen Schatzbons und den Bau der Staatsbahnen betreffend. Die Verhandlung wird 14 Tage dauern. Die Opposition wird über jede einzelne Frage ein politisches Votum fordern.

— Der Papst erklärte dem Redakteur des „Osservatore Catholico", er werde das Wahlverbot aufheben, wenn die Umstände günstiger für die Katholiken seien, jetzt seien sie politisch unvorbereitet. Der Papst billigte die Parole: Vorbereitung in der Wahlenthaltung.

Frankreich.

* **Paris**, 8. März. Im Ministerrath wurde heute der Budget-Vorauschlag für 1893 adoptirt. Derselbe enthält eine Reform der Getränkesteuer, hebt das Budget der außerordentlichen Ausgaben auf, welche größtentheils dem ordentlichen Budget einverleibt werden, und führt in das Budget einen permanenten Amortisationsfonds ein. Was die Getränkesteuer anlangt, so werden insbesondere die kommunalen Abgaben auf gesundheitsfördernde Getränke und Biere aufgehoben oder gemindert; dafür wird Alkoholsteuer von Frcs. 156,25 auf 190 für den Hektoliter erhöht.

— Jamais nahm die Ernennung zum Unterstaatssekretär der Kolonien an. Dieses Amt, das im letzten Kabinet dem Handelsministerium unterstellt war, wird wahrscheinlich wieder vom Marineministerium abhängig gemacht werden.

Großbritannien.

* **London**, 8. März. Nach dem nunmehr vorliegenden Gesammtergebniß der Wahlen zum Londoner Grafschaftsrath wird derselbe aus 84 Progressisten und 34 Gemäßigten bestehen. In dem bisherigen Grafschaftsrath hatten die Progressisten nur eine Mehrheit von 20 Stimmen.

— Die Lage in der Kohlenindustrie ist unverändert. In Derbyshire gestaltet sich die Situation der Fabriken bedenklich und die meisten Eisenwerke daselbst haben bereits für den Samstag die Einstellung der Arbeiten angekündigt.

Rußland.

* **Petersburg**, 8. März. Der Großfürst Sergius ist mit seiner Gemahlin gestern aus Moskau hier eingetroffen und hat alsbald die Reise nach Darmstadt fortgesetzt.

* **Warschau**, 8. März. Die Nachricht von der bevorstehenden Verhängung des Belagerungszustandes in Polen wird für unwahr erklärt. Nach Gurkos Rückkehr soll lediglich strengere Maßregeln zur Russifizirung Polens ergriffen werden.

— In einer Konferenz der Korpskommandanten unter dem Vorsitz des Zaren ist beschlossen worden, in diesem Jahre keine Truppenverschiebungen vorzunehmen.

Orient.

* **Belgrad**, 8. März. Der Zar ließ durch den Belgrader Gesandten dem König Alexander für die serbischen Spenden an die russischen Nothleidenden danken. Der Gesandte sagte, diese Theilnahme habe den Zaren tief gerührt und die Innigkeit des beide Völker verkünpfenden Bandes erkennen lassen.

* **Cettinje**, 8. März. Vorgestern fand zwischen Montenegrinern und Albanesen bei dem Grenzort Kolaschin ein Zusammenstoß statt. Vierzig Albanesen, welche einen Hochzeitszug begleiteten, gaben Gewehrsalven ab und tödteten dabei infolge eines unglücklichen Zufalles einen der beim Bau der Brücke über den Tarrafluß beschäftigten Montenegriner. Hierauf schossen die Montenegriner auf die Albanesen, wobei letztere neunzehn Verwundete und Todte verloren.

* **Athen**, 8. März. Die Ernennung des bisherigen Gesandten in Rom, Meletopulos, zum Minister des Auswärtigen machte einen vortrefflichen Eindruck. Die Zahlung der April-Kupons ist gesichert. Der Finanzminister plant die Einführung bedeutender Ersparnisse.

Lokales.

(Der Nachdruck unserer Original-Lokal-Berichte ist nur mit Quellenangabe gestattet.)

Halle, 9. März.

Städtische Kommissionen.
Finanz-Kommission.

Sitzung Donnerstag, den 10. März cr. Nachm. 5 Uhr im Magistrats-Sitzungszimmer.

Tagesordnung:
1. Feststellung eines Einheitssatzes für die Ausführung von Abschlußarbeiten bei der Sparkasse.
2. Vermiethung von Räumen im rothen Thurm.
3. Besoldungserhöhung.
4. Anträge wegen der Feuerwehr.
5. Nachbewilligung zum Titel V, Beleuchtung der Polizeizimmer.
6. Etat der Armenverwaltung pro 1892/93.
7. Sonstige Eingänge.

* **Zur öffentlichen meistbietenden Vermiethung** dreier Wohnungen, die eine mit Werkstatt, im städtischen Grundstück Bücherstraße Nr. 3 stand heute Vormittag im Stadtsekretariat Termin an, in welchem jedoch nur Reflectanten auf die kleinere Wohnung, aus Stube, Kammer und Kohlenstall bestehend, erschienen waren. Die Schneiderin Bertha Brandrett gab das Bestgebot von 80 Mk. ab. — Bei der Vermiethung der Verkaufsläden Nr. 2 und 8 im Hause des rothen Thurmes (der jetzt Lunsch'schen und Burgmann'schen) hat der Fleischermeister Louis Otto von hier auf beide Läden das Bestgebot von 250 Mk. bezw. 245 Mk. abgegeben.

* **Eine antisemitische Versammlung** wurde gestern im „Prinz Carl" abgehalten. Herr Reichstagsabgeordneter Zimmermann sprach über: „Die Erhaltung des Mittelstandes — eine nationale Pflicht und die Handwerker-Frage." Der Redner besprach die durch Häuserspekulationen entstehenden Uebelstände. In vielen Fällen würden die Gebäude von kapitalslosen Unternehmern ausgeführt; die dahinter stehenden Geldlieferanten seien durch Hypotheken gesichert und komme dann das fertige Haus, falls es nicht schnell verkäuflich sei, zur Subhastation, so büßten die am Bau beschäftigt gewesenen Handwerker ihr Geld ein. Das Handwerk sei zweifelsohne jetzt das bedrücktete Element im wirthschaftlichen Leben, von oben her bedroht durch die Kapitalmacht, von unten her durch die Sozialdemokratie, die es gänzlich zu vernichten trachte. Ein Schutz der Interessen des Handwerks sei unbedingt erforderlich und verlange deshalb die antisemitische Partei Verstaatlichung der Reichsbank, damit dieses Institut nicht lediglich dem Großunternehmer zugänglich sei, wie bisher, und billigeres Gerichtsverfahren. Auch die Frage betreffend den Befähigungsnachweis, der auch wieder vom Handwerkertage verlangt, jedoch schon mehrfach rundweg abschlägig beschieden worden sei, wurde eingehend erörtert und die Forderung eines solchen entschieden befürwortet. Das Handwerk bedürfe keiner eigenen Handwerkerpartei, die antisemitische sei die Partei, die die Interessen des Handwerks zu wahren jederzeit bestrebt sei. — Herr Schneidermeister Schreiber befürwortete gleichfalls die Forderung eines Befähigungsnachweises, um tüchtige Meister für den Hausbedarf heranzuziehen und empfahl den Anschluß an die antisemitische Partei. Herr Pastor Werner-Hohenthurm wünschte gleichfalls, daß das Handwerk, das Fundament unseres ganzen Staatsgebäudes, geschützt werde, sowie eine Umänderung der Konkursordnung und Reform des Submissionswesens und forderte zu Solidarität und Gemeinsinn auf. Zum Schlusse ward eine Resolution angenommen, daß die Versammlung sich mit den Bestrebungen des deutschen Handwerkerbundes einverstanden erklärt und für die Interessen desselben einzutreten sich verpflichtet."

* **Kleiner Brand.** Gestern Abend gegen ½7 Uhr entstand im Grundstück Brüderstraße 14 ein kleiner Brand dadurch, daß sich in den Fabrikräumen des Möbelfabrikanten P. ein Ballen Werg zum Polstern auf bisher nicht ermittelte Weise entzündet hatte. Der Brand wurde durch die dort beschäftigten Arbeiter bald gelöscht, so daß es nicht nöthig war, die Feuerwehr zu requiriren.

* **Zur gefl. Beachtung.** Wegen Raummangels sahen wir uns genöthigt, den Bericht über die Sing-Akademie für die nächste Nummer zurückzustellen.

Aus dem Vereinsleben.

* **I. communaler Verein.** Gestern kam die Kühlanlage des Schlachtviehhofs zur Sprache und führte zu einer sehr lebhaften Discussion. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Der I. communale Wahlbezirksverein bedauert, daß bei Einrichtung einer Kühlanlage im städtischen Schlachthause das Urtheil des f. Zt. vom Magistrat als Autorität anerkannten Herrn Baurath Osthoff-Berlin nunmehr ganz außer Acht gelassen werden soll; der Verein ist der Ansicht, daß eine Anlage in den von Herrn Osthoff geplanten Verhältnissen und Kosten vorerst für Halle genügen würde, zumal aus den zunächst betheiligten Kreisen der Fleischer sehr gewichtige Stimmen sich gegen das Bedürfniß einer so großen und kostspieligen Kühlanlage erheben. Der Verein legt besonders sehr großes Gewicht darauf, daß die Kühlanlage nachmals und zwar in unbeschränkter Submission ausgeschrieben wird und zweifelt nicht daran, daß trotzdem die Anlagen rechtzeitig fertig gestellt werden können. Bei der Sonntagsruhe wurde auf Anfragen mitgetheilt, daß dieselbe am 1. April d. J. in Kraft tritt. Zum Schlusse kam die Miethssteuer zur Sprache und wurde geäußert, daß nur eine gänzliche Beseitigung derselben eine gerechte Vertheilung der Steuer ermöglichen werde, und gewünscht, daß der Ausfall durch einen Zuschlag zur Gemeindesteuer ausgeglichen werde.

* **Der Thüringer Bezirksverein deutscher Ingenieure** hielt gestern eine Sitzung ab. In derselben wurde zunächst Mittheilung von einer dem Bezirksverein vom Hauptvereinsvorstand zugegangenen Einladung zu einer Ausstellung von Plänen, Skizzen, Modellen u. s. w. gemacht, welche die vor Kurzem ins Leben getretene Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen in Berlin im April d. J. zur Erläuterung der Arbeiter-Wohnungs-Frage zu veranstalten gedenkt. Die Ausstellung soll im Anschluß an eine Konferenz von Mitgliedern und Sachverständigen stattfinden, welche zur Besprechung der Arbeiter-Wohnungs- und der Arbeiter-Erholungs-Frage am 25. und 26. April d. J. tagen wird. Weiter wurde Kenntniß genommen von einem Antrage des bayerischen Bezirksvereins, welche dahin geht, die Reichsregierung zu ersuchen, sie möge neben dem bereits bestellten Reichskommissar für die Ausstellung in Chicago noch einen kommerziellen deutschen Vertreter dorthin entsenden, dem ausschließlich die Wahrung der Interessen der deutschen Industriellen anzuvertrauen sein würde. Herr Regierungs- und Gewerberath Hagermann-Merseburg hielt einen Vortrag über die neue Gewerbe-Ordnung, deren Hauptbestimmungen am 1. April d. J. in Kraft treten werden.

* **Schuhmacher-Innung.** In der gestrigen Versammlung erstattete der Obermeister Herr Sickert Bericht über die Verhandlungen des deutschen Handwerkertages. Hierauf wurden die in Kürze erfolgten Konkurse hiesiger Schuhwaarengeschäfte resp. der Einzelnverkauf der Waaren als eine auf Monate schädigende Wirkung für das Schuhmachergewerbe gekennzeichnet und beschlossen, beim Königl. Amtsgericht vorstellig zu werden, um angemessene, das Handwerk nicht schädigende Tagen zu erreichen. Schließlich fand die Prämirung einer hiesigen Schuhwaarenhandlung auf der Rothen Kreuz-Ausstellung in Leipzig mit dem 2. Preise eine scharfe Kritik.

* **Der Hallesche Bicycle-Club** beschloß in seiner am Montag abgehaltenen Versammlung, sein Frühjahrrennen am Sonntag, den 22. Mai, auf der Rennbahn an der Merseburgerstraße abzuhalten.

* **Gabelsberger Stenographen-Verein.** Morgen findet im Vereinslokal, Petzold's Restaurant, Charlottenstraße 17a, ein Vortrag über „die Geschichte der Stenographie" statt, zu welchem die Mitglieder und Anhänger des Systems eingeladen sind.

* **Der kameradschaftliche Krieger-Verein** von 1870/71 hielt am Montag seine ordentliche Generalversammlung. Auf der Tagesordnung stand außer Ballotage neu aufzunehmender Mitglieder Rechnungslegung; dieselbe zeigte einen recht erfreulichen Zuwachs des Vereinsvermögens, sowie auch der Sterbekasse, die seit einem Jahre vom Verein selbst verwaltet wird. Die Mitgliederzahl beträgt z. Z. 116.

Telegramme und letzte Nachrichten.

Privattelegramme des „General-Anzeiger".

o **Darmstadt**, 9. März, 11 Uhr 10 Min. Vorm. (Telegramm unseres Korrespondenten.) Des Großherzogs Befinden ist unverändert; Prinz Waldemar von Preußen, der Enkel des Großherzogs, ist hier eingetroffen.

Das Abkommen mit dem Herzog v. Cumberland.

p **Köln**, 9. März, 12 Uhr 5 Min. Mittags. (Telegramm unseres Korrespondenten.) **Die „Köln. Volkszeitung" meldet: Es ist richtig, daß zwischen der preußischen Regierung und dem Herzog von Cumberland ein Abkommen getroffen worden. Dasselbe enthält jedoch nur die Regelung der vermögensrechtlichen Frage, alle politischen Fragen sind ausgeschlossen. Die Nachricht, daß die Nachfolge des Sohnes des Herzogs in Braunschweig zugestanden worden sei, ist falsch; diese Frage wird bei dem Abkommen gar nicht berührt. Infolge des Abkommens wird nun die preußische Regierung die Aufhebung der Beschlagnahme des Welfenfonds beantragen.**

Depeschen-Bureau „Herold."

D. B. H. **Bern**, 9. März, 10 Uhr 25 Min. Vorm. Am Donnerstag findet eine Konferenz über die Handelsbeziehungen mit Frankreich statt. Es nehmen Theil die Bundesräthe Hanter, Droz, Deucher, die Unterhändler Cramer und Hammer, der schweizerische Gesandte Lardy in Paris.

D. B. H. **London**, 9. März, 9 Uhr 40 Min. Vorm. Der neue Marineetat verlangt 14 240 200 Pfund Sterl., 25 100 mehr gegen das Vorjahr. Im Laufe des Jahres soll der Bau von drei neuen Kriegsschiffen begonnen werden. — Die Grubenarbeiter der Grafschaft Fliet nehmen nicht am Strike theil.

* **Bunzlau**, 8. März. Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte heute 80 000 Mark zur Errichtung einer keramischen Schule.

* **Nürnberg**, 8. März. Angesichts der jetzigen Hetzereien gegen die Simultanschulen beschloß das hiesige Gemeinde-Kollegium einstimmig, nur noch Simultanschulen zu errichten. Bis jetzt bestehen hier Konfessions- und Simultanschulen.

* **Fürth**, 8. März. Die große optische Fabrik von Schneidig ist durch einen Brand heimgesucht worden.

* **Wien**, 8. März. Die hiesige Polizeidirektion hat heute die fernere Brodvertheilung in der bisherigen Form untersagt.

* **Rom**, 8. März. Der meist gut informirte „Corriere de Napoli" meldet, Graf Revertera, der österreichische Botschafter beim Vatikan, habe soeben seine Abberufung erbeten. Graf Revertera sei nämlich seitens der vatikanischen Staatskanzlei wegen seines engen gesellschaftlichen Verkehrs mit dem bei dem Quirinal akkreditirten diplomatischen Korps, sowie in italienischen nichtklerikalen Kreisen in Wien demnächst worden. Auch in gewissen vatikanischen Kreisen wird der Rücktritt Reverteras bestätigt.

Wasserstandsnachrichten.

Am 9. März: Halle, unterhalb +1,94. Trotha + 2,20. 8. März: Calbe Oberpegel + 1,64. Unterpegel + 1,18. Dresden + 0,53. Magdeburg + 2,27.

Wetterbericht des „General-Anzeiger."

Voraussichtliches Wetter am 10. März.
Bei Süd- bis Westwind wärmeres Wetter, mit Niederschlägen.

Vierhundert amtlich beglaubigte Anerkennungsschreiben innerhalb 8 Wochen sind Apotheker Richard Brandt in Schaffhausen von Magenleidenden, Leuten mit gestörter Verdauung, Kopfschmerzen, Leber- und Hämorrhoidalleiden 2c. 2c., welche die in den Apotheken à Schachtel 1 M. erhältlichen ächten Schweizerpillen gebrauchten, zugegangen und sollte Niemand, der über solche Störungen zu klagen hat, derselben, sich die Anerkennungen schicken zu lassen. Man achte genau auf das weiße Kreuz in rothem Grunde. Die auf jeder Schachtel auch quantitativ angegebenen Bestandtheile sind: Silge, Moschusgarbe, Aloe, Absynth, Bitterklee, Gentian.

Zur **Einsegnung** empfehlen zu bekannt billigsten festen Preisen **Brummer & Benjamin** Kleiderstoffe, Konfektion, Wäsche etc. 23. Grosse Ulrichstr. 23.

Leipzigerstr. 103/104 Parterre, I. u. II. Etg.

Bruno Freytag

Leipzigerstr. 103/104 Parterre, I. u. II. Etg.

Halle a. S. — Fernsprecher No. 379.

Kleiderstoffe für die Frühjahrs-Saison

in grosser Auswahl.

Streifen-Neige u. Jacquard-Muster, Lodengewebe, Fantasiestoffe mit Seideneffecten.

Helle Stoffe im Lawn tenni-Geschmack reichhaltigst sortirt.

Echt englische Stoffe in grösster Auswahl

in für den Platz von den Fabrikanten engagirten Mustern.

Gediegene glatte Qualitäten in Cachemir, Croisé, Armure, Granit, Cheviot und Foulé

in grosser Farbenauswahl und in verschiedenen Preislagen.

Grosse Auswahl neuester Muster in bedruckten, reinwollenen Flanellstoffen für Kinderkleider.

Neuheiten in schwarzen Kleiderstoffen.

Mustercollectionen nach auswärts franko.

Empfehle wieder täglich frisch meine **rühmlichst bekannten Pfannkuchen** und **Kartoffelkringel** mit **Vanilleguss** von **wunderbarem Geschmack**. Ferner **Kartoffelstrudel, Kartoffelkuchen, feinsten geriebenen Napfkuchen, vorzüglichen Matzkuchen, nach Art der berühmten Dresdener Sahnenkuchen** angefertigt, sowie eine reiche Auswahl der **geschmackvollsten Gebäcke.**
Telephon Nr. 531. **Carl Koch,** Herrenstraße 1.

Paul Schauseil & Co., Bankgeschäft,
Fernsprech-Anschluss No. 577,
Halle a. S., **Leipzigerstrasse 10,** gegenüber der Ulrichskirche,
empfehlen sich
zum An- und Verkauf von Werthpapieren,
zur Gewährung von Darlehen,
zur Discontirung von Wechseln,
für Check- und Depositen-Verkehr,
für Conto-Corrent-Verkehr,
zur Hypotheken-Vermittlung.

Ueber die P. Kneifel'sche

Haar-Tinktur.

Herrn **P. Kneifel** in Dresden! Mit wahrer Freude spreche ich Ihnen hiermit meinen Dank aus für die vorzügliche Wirkung Ihrer Haartinktur. Nachdem ich mein Haar fast gänzlich verloren, und meine Hoffnung nur noch auf Ihre Tinktur setzte, bin ich jetzt wieder, wie hier Jedermann sieht, **im Vollbesitz meines Haares.** Ihnen nochm. best. dankend, Hochachtg. — Name im Depot zu erfahren — Domäne Eggersen, Kreis Hameln, d. 5. Jan. 92.
Dieses vorzügliche Kosmetic (amtlich geprüft) ist in Halle nur echt bei **A. Schlüter Nachf.,** Gr. Steinstr. 6, **M. Wattsgott,** Gr. Ulrichstr. 29 und **F. A. Paz,** Gr. Ulrichstr. 10. In Flac. zu 1, 2 und 3 Mark.

Gebr. Stollwerck's Herz-Cacao,

nach in Deutschland sowie in den meisten Staaten patentirtem Verfahren bereitet.

Jedes Cacao-Herz für 1 Tasse 3 Pfennig.

Dose mit 25 Cacao-Herzen 75 Pfennig, für 25 Tassen.

Grösster Nährwerth,
da laut Analysen erster Chemiker, wie: **Dr. Bischoff,** Prof. **Dr. Hilger, v. Liebig** u. a.
höchster Eiweiss- und höchster Theobromin-Gehalt
Einfache schnelle Zubereitung.
Wohlgeschmack und Gleichmässigkeit des Getränkes.
Vorräthig in den meisten geeigneten Geschäften.

Geschäfts-Eröffnung.

Am heutigen Tage eröffne ich hierselbst

Harzgasse 5

eine **Buchbinderei** verbunden mit **Papier-, Galanterie- und Lederwaarenhandlung.**

Mit der Bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens verbinde ich das Versprechen **einer soliden und streng reellen Bedienung** und zeichne

Mit Hochachtung
Franz Schwarz.

Hypothek-Kapital

in Posten nicht unter 30,000 Mark, offerire auf hiesige Grundstücke zu niedrigstem Zinsfuß **fest auf 10 Jahre.**

Georg Schultze, Jägerplatz 13.

Bekanntmachung!

Wir Unterzeichneten bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, dass unsere Geschirrführer keine Berechtigung haben, Kalk zu verkaufen.

Liesau, den 5. März 1892.
Otto Götze. Otto Poser. Ernst Heyne.

Pr. B. V.

Am Freitag den 11. März d. J., Abends 8 Uhr, im Restaurant „Prinz Carl" **gesellliger** Abend, wozu die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder, sowie deren Familienangehörige hiermit eingeladen werden. Einführung Fremder ist **nicht** gestattet.
Der Saal wird erst um 7 Uhr geöffnet; früher wird Niemand eingelassen. Beginn **pünktlich** um 8 Uhr. Die Mitgliedskarte ist vorzuzeigen.
Halle, den 7. März 1892.
Der Vorstand: Pfanne, Archidiakonus.

Handwerker-Meister-Verein.

Für Versammlung am 11. März cr. ist zur Tagesordnung noch gestellt: **„Berathung über Statut zur Sterbekasse für Frauen von Mitgliedern".**
Dies zur gefl. Kenntnißnahme. **Der Vorstand.**

Mehlverkaufsstelle der Ammendorfer Mühlenwerke Mansfelderstraße 4.
Engrospreise. Specialität: **Reines Roggenmehl, prima Weizenmehl.**

Einem geehrten Publikum von Halle und Umgegend zur gefälligen Nachricht, daß ich in dem neu erbau'n Grundstück **Franckeplatz 6** eine

Tischlerei

errichtet habe, und soll es mein Bestreben sein, nur **gute und reelle Arbeit** zu liefern. Um gütige Unterstützung meines Unternehmens bittend
Hochachtungsvoll
Emil Kappel, Tischler, Franckeplatz 6.

---

1 Mark 50 Pf.

ein vollständiger Schmuck **für Confirmandinnen,** bestehend aus Halskette, Brosche u. Armband in feinem Carton.

Ächte u. unächte Schmucksachen in größter Auswahl hier am Platze.

F. R. Tittel,
Gold- u. Silberw.-, Bijouterien.-Fabrik,
Liebenauerstraße 25.

Friedr. Schäfer,
Dachrinnengasse 2/3,
empfiehlt zu Fabrikpreisen für Händler sein Engros Lager der besten u. billigsten

Peitschen,

sowie in ganzen und halben Schocken ebenfalls zu äußersten Engrospreisen die dazu gehörigen

Riemen.

Behufs Räumung einiger Baumschulenparzellen werden bei eigner Abholung oder waggonweisem Bezuge den Herren Grundbesitzern und Gärtnern einige dreißig **Apfelbäume,** paartausend **Pyramiden, Eschen und andere Alleebäume,** sowie ein Posten **gewöhnl. Sträucher** zu ca. 2/3 der Catalogpreise abgegeben. Cataloge unserer ca. 200 Morgen großen Baumschulen stehen Jedermann unentgeltlich zu Diensten.
Rittergut und National-Arboretum Zöschen bei Merseburg.

Pastoren-Tabak,

allseitig als vorzüglich anerkannt, sowohl im **Geschmack** als **Aroma,** 1/1, 1/2, 1/4 Pfd.-Packung, à Pfd. 80 Pfg. Bei **größeren Posten** noch **kleiner Rabatt.**
Beste Bezugsquelle.

Franz Strempel,
beim Stadttheater, vis-à-vis der Universität.

F. Kohlhardt

pract. Zahnarzt.

Atelier für operative Zahnheilkunde und Technik.

Zahnziehen **(schmerzlos)** mit Lachgas.
Geiststrasse 20.